

Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise, sie bedroht nicht nur Gesundheit und Leben vieler Menschen, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe – und

die Maßnahmen zur Verlangsamung der Corona-Infektionen sind mit massiven Einschränkungen der Grundrechte verbunden.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass Arbeitnehmerrechte, wie der 8- Stunden-Tag in Frage gestellt wird, der Sonntag zur verkaufsoffenen Zone gemacht werden soll.

Aber die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben. Viele Menschen erleiden drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall, in zahlreichen Branchen haben Unternehmen keine Aufträge mehr, es droht eine massive Wirtschaftskrise.

In dieser Krise wird sich mitentscheiden, in was für einer Gesellschaft wir leben: Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und geben eine solidarische Antwort?

Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie trifft auf ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde und wird. In Krankenhäusern herrschen zum Teil dramatische Zustände und es fehlen mehr als hunderttausend Pflegekräfte. Jetzt rächen sich die Privatisierungen und damit verbundenen Profitorientierung in Gesundheitswesen und Pflege. Die Bertelsmann Stiftung forderte noch im letzten Sommer in einer Studie die Hälfte aller Krankenhäuser zu schließen.

Kolleginnen und Kollegen,

Was wir brauchen sind mehr Investitionen in unsere Krankenhäuser als Milliarden in die Rüstung. Deshalb > keine Kohle für Atombomber.

Wenn sich das Corona-Virus zu schnell ausbreitet, kann das deutsche Gesundheitssystem überlastet werden. Deshalb muss alles getan werden, um das Gesundheitssystem in Zukunft dauerhaft krisenfest zu machen:

Die Forderung nach Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege als dauerhafte Sofortmaßnahme ist berechtigter denn je. Es muss sofort in die Krankenhäuser investiert und der in den vergangenen Jahren aufgelaufene Investitionsstau von 30 Mrd. Euro beheben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

für uns gilt: die Menschen gehen vor Profite, Beschäftigte sind systemrelevant!

Viele Menschen in jetzt systemrelevanten Berufen arbeiten bis zum Umfallen und riskieren ihre Gesundheit, doch bezahlt werden sie seit eh und je mies. Applaus vom Balkon und Lob von der

Kanzlerin sind schön und gut, aber diese Anerkennung von Bedeutung und Risiko dieser Berufe sollte sich auch in der Bezahlung ausdrücken.

Während die Besitzer der großen Supermärkte und Discounter gerade Rekordgewinne einstreichen, sitzen die Beschäftigten an der Kasse, füllen Regale auf, bedienen Einkaufende, machen Überstunden, sind einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt und bekommen kein Cent mehr.

Kolleginnen und Kollegen,

Bedanken reicht nicht. Die Beschäftigten in Gesundheit und Pflege, Einzelhandel, Logistik, Erziehung, Reinigung und vielen anderen Bereichen halten die Gesellschaft am Laufen. Altenpfleger*innen pflegen weiter ihre Patient*innen. Lieferant*innen übergeben Pakete und Essen an der Tür. Reinigungskräfte sorgen für Hygiene in den Krankenhäusern. Sie sind systemrelevant, werden aber nicht so bezahlt. Angeblich tragen sie wenig zur Wertschöpfung bei. Das ist falsch und ungerecht. Angela Merkel hat sich in ihrer Ansprache am 18. März dieses Jahres bei den Beschäftigten in Gesundheit und Einzelhandel bedankt. Richtig, aber preiswert. Es braucht wirksamen Schutz und bessere Löhne. Eine Verkäuferin im Supermarkt verdient monatlich unter 2000 Euro brutto - auch deshalb gehören die Besitzer von Aldi und Lidl zu den reichsten Deutschen.

Die Beschäftigten im Handel brauchen einen allgemeingültigen Tarifvertrag, damit sich die Arbeitgeber nicht aus der Tarifbindung stehlen können.

Kolleginnen und Kollegen,

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress. Sie brauchen Arbeitszeiten, die mit einem Leben mit Kindern, Familien, Freundschaften und Freizeit vereinbar sind.

Die Realität sieht für viele anders aus: Arbeit bis zur Erschöpfung und ein Lohn, der kaum bis zum Monatsende reicht. Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren, prekären Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs und Scheinselbständigkeit. Prekär Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich schlecht eine berufliche Perspektive aufbauen. Sorgen um die berufliche Zukunft und Dauerstress machen krank. Trotz günstiger wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland bleiben Niedriglöhne, Armut und mangelnde gesellschaftliche Teilnahme für die Mehrheit der Bevölkerung eine traurige Alltagserfahrung.

Grund für diese Misere ist die Regierungspolitik, die mit der Einführung der Agenda 2010 im Jahr 2003 begann. Eine Politik der sozialen Grausamkeiten, die soziale Sicherungssysteme ausgehöhlt

und die soziale Spaltung vorangetrieben hat. Die Unsicherheit und die Angst vor dem Absturz werden dadurch bis weit in die Mittelschichten hineingetragen.

Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein. Egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird. Der gesetzliche Mindestlohn muss nach meiner Überzeugung auf 15 Euro angehoben werden.

Wir wollen den Arbeitsmarkt regulieren und soziale Sicherheit schaffen: Befristungen ohne sachlichen Grund, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen muss beendet werden.

Denn Kolleginnen und Kollegen, wer raus aus der Armutsfalle will, muss Prekäre Beschäftigung bekämpfen.

Ein wachsender Niedriglohnsektor und Erwerbslosigkeit sind in unserer Gesellschaft generationsübergreifend zu einer Armutsfalle ohne Ausweg geworden. Nicht viel anders sieht es leider auch bei der Rente aus. Die heute junge Generation trifft die Aushöhlung der gesetzlichen Rente später am stärksten.

Die Zahl der armen Rentnerinnen und Rentner steigt immer weiter. Es entsteht eine wahre Bugwelle der Altersarmut. Umso absurder ist es, dass die CDU permanent selbst die kleinen Verbesserungen der Grundrente ausbremst.

Dazu müssen die Löhne insbesondere der unteren Einkommen massiv steigen, für alle Einkommensarten müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Das Niveau der Altersrente muss auf 60 Prozent angehoben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

Deshalb gilt: Niemand soll unter Existenzangst im Alter leiden.

Dazu brauchen wir eine Mindestrente von derzeit 1.050 Euro netto für die Alters- und Erwerbsminderungsrenten.

Was wir brauchen ist ein grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik und für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert.

In der Corona Krise ist eines klar geworden, der Markt richtet nichts.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben ein Gerechtigkeitsdefizit bei Löhnen, Steuern und Abgaben.

Es muss verhindert werden, dass diejenigen sie bezahlen, die schon die Kosten der Bankenkrise tragen mussten. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Daher brauchen wir eine große Steuerreform, die die „oberen“ 30 Prozent mehr in die Verantwortung nimmt. Das sind diejenigen,

die von der Steuerpolitik und dem Aufschwung in den vergangenen Jahren am meisten profitiert haben.

Dazu gehört die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Deren Wiedererhebung wird notwendiger denn je sein, um die finanziellen Folgen des Virus zu stemmen.

Das Land steht vor der größten Bewährungsprobe der letzten Jahrzehnte. Dafür braucht es viel Solidarität, noch nie dagewesene Konjunkturprogramme, mehr Gerechtigkeit für diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, und eine große Steuerreform zur Finanzierung der anstehenden gewaltigen Herausforderungen.

Nicht Wirtschaften für den Profit ist angesagt, sondern das Wirtschaften für den Menschen.

Deshalb gilt für uns, dass wir hinterfragen, was produziert wird, wo es produziert wird und wie es produziert wird.

Die Forderung nach Demokratisierung unserer Wirtschaft ist aktueller denn je.

Kolleginnen und Kollegen,

niemand darf in der Krise zurückgelassen werden. Wir müssen jene Menschen in unserer Gesellschaft absichern, die von Verdienstaussfällen betroffen sind: Beschäftigte und Erwerbslose, Menschen die von Armutsrenten leben müssen sind oder Solo-Selbstständige und Kleingewerbe.

Wie soll „zu Hause bleiben“, Ausgangsbeschränkungen und Abstandsgebote umgesetzt werden, wenn man keine eigene Wohnung hat? Deshalb benötigen jetzt wohnungslose Menschen oder Geflüchtete in Sammelunterkünften unseren besonderen Schutz.

Kolleginnen und Kollegen,

Gerade In Zeiten der Corona-Krise sind die Kämpfe um höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften nötiger denn je.

Nur gemeinsam und solidarisch können wir diese Herausforderungen meistern.